

Top 4, AK – 29.11.2016

Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Dortmund 2015-2020

In der Niederschrift zur 10. Sitzung des Beh.Pol.Netzwerks vom 8.11.2016 ist von einem Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Dortmund 2015 bis 2020 die Rede. Der Letzte Satz aus dem folgenden Schreiben des Beh.Pol.Netzwerks lässt vermuten, dass über konkrete Maßnahmen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen darin nicht viel enthalten ist.

Hier Ausschnitt aus dem Protokoll:

Sitzung des Ausschusses für Kinder und Jugend und Familie am 09.11.2016; TOP 3.4 Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Dortmund; Antrag

„Sehr geehrte Damen und Herren,
das Behindertenpolitische Netzwerk bittet um Erweiterung des Beschlussvorschlages der Verwaltung wie folgt:

Der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie beschließt den beigefügten Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Dortmund für die Jahre 2015 bis 2020.

Der Ausschuss begrüßt die vorgenommene Schwerpunktsetzung und beauftragt die Verwaltung, die Schwerpunkte in Kooperation mit der Inklusionsbeauftragten der Stadt Dortmund explizit inklusiv umzusetzen.

In der weiteren Arbeit im laufenden Kinder- und Jugendförderplan und in seiner Fortschreibung werden Vertreter/innen des Behindertenpolitischen Netzwerks und Vertreter/innen der Behindertenhilfe über das Koordinierungsgremium Wohneingliederungshilfen eingebunden.

Im Kinder- und Jugendförderplan 2015 bis 2020 wird das Thema Inklusion zwar erwähnt, Frau Beckmann wünscht sich eine größere Nachhaltigkeit.“

Über auswärtige Unterbringungen berichtet Frau Beckmann unter

zu TOP 6.

Ambulante Psychotherapeutische Versorgung in Dortmund

Herr Volkert berichtet, dass die Gesundheitskonferenz in der nächsten Woche eine Entschlie- ßung zur ambulanten psychotherapeutischen Versorgung in Dortmund auf der Tagesordnung hat. Es geht u.a. darum, die Sonderregion Ruhrgebiet abzulösen, da dadurch die Versorgung deutlich schlechter ist als in anderen Regionen NRWs. Es soll dafür gesorgt werden, dass die Erreichbarkeit der psychotherapeutischen Praxen besser wird, weg von den Ein-Person- Unternehmen hin zu u.a. gemeinsamen Verwaltungsarbeiten. Spezifische Belange von Menschen mit Behinderungen sollen Berücksichtigung finden. Frau Beckmann fragt nach dem stationären Bereich und der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Hintergrund – so Herr Volkert – ist, dass die Problemanzeige im ambulanten Bereich dringender ist. Frau Beckmann regt an, sich mit dem stationären Plätzen zu beschäftigen, da z.B. die LWL-Plätze für geistig behinderte Menschen runtergefahren werden und erkrankte Kinder und Jugendliche außerhalb Dortmunds untergebracht werden. Herr Volkert nimmt diese Hinweise in die Gesundheitskonferenz mit.